

**„Ja, ja, Ihr geht, Schritt für Schritt, zu Fuß, doch die Welt fährt mit dem Auto ...“.**

**Die Fernsehdebatte zwischen Lech Wałęsa und Alfred Miodowicz und ihre Bedeutung für die Aufnahme von Verhandlungen am Runden Tisch**

von

Hella Dietz

Am Morgen des 30. November 1988 fuhr der Filmregisseur Andrzej Wajda zum Sitz des Episkopats der katholischen Kirche in Warschau, wo sich Lech Wałęsa, der Vorsitzende der verbotenen Gewerkschaft Solidarność, auf eine überraschend anberaumte Fernsehdebatte mit Alfred Miodowicz, dem Vorsitzenden des regimetreuen Gewerkschaftsverbands, vorbereitete.<sup>1</sup> Diese Debatte würde Wałęsa erstmals seit der Ausrufung des Kriegszustands 1981 die Gelegenheit geben, die Forderungen der Solidarność in den offiziellen Medien zu präsentieren – und sie würde es den Zuschauern ermöglichen, sich selbst ein Bild von Wałęsa zu machen, der von der Propaganda als „primitiver Demagoge“<sup>2</sup> und lächerliche Marionette in den Händen der „unverantwortlichen und extremistischen“ Berater der Solidarność dargestellt wurde.<sup>3</sup> Wajda war skeptisch:

„Das Fernsehen war in den letzten Jahren die Hauptquelle der Desinformation über den Vorsitzenden der Solidarność. Warum sollte es plötzlich seine Herangehensweise geändert haben?“<sup>4</sup>

Um der Gefahr einer nachträglichen Manipulation der Debatte zu begegnen, hatte das Verhandlungsteam der Opposition auf Wajdas Rat hin unter anderem gefordert, dass Wajdas Kamerateam die Erlaubnis bekommen sollte, die Debatte ebenfalls aufzuzeichnen, und dass eine Uhr im Studio aufgestellt werden müsse, damit das Gespräch nicht unbemerkt zensiert werden könne.<sup>5</sup> Da das Fernsehen jedoch von allen Forderungen der Opposition nur jener Uhr zugestimmt hatte, sollte Wajda Wałęsa an jenem Tag im November erklären, was für Manipulationen ihn erwarten könnten und wie er sich dagegen wehren könne. Außerdem sollte er Wałęsa vermitteln, wie er sitzen und wohin er

---

<sup>1</sup> ANDRZEJ WAJDA: *Kino i reszta świata* [Das Kino und der Rest der Welt], Kraków 2000, S. 269.

<sup>2</sup> ANDRZEJ GARLICKI: *Rycerze okrągłego stołu* [Die Ritter des Runden Tisches], Warszawa 2004, S. 37.

<sup>3</sup> Beispielsweise *Trybuna Ludu* vom 1.-13.01.1982: *Od ‚Olivii‘ do Radomia* [Von ‚Olivia‘ nach Radom]; vgl. auch LECH WAŁĘSA: *The Struggle and the Triumph. An Autobiography*, New York 1992, S. 168; ALEKSANDER SMOLAR: *Między ugodą a powstaniem* [Zwischen Verständigung und Aufstand], in: *Aneks 28* (1983), S. 4.

<sup>4</sup> Brief Wajdas an das Verhandlungsteam der Opposition, abgedruckt in WAJDA (wie Anm. 1), S. 269 f.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 272.

blicken müsse, welche Gesten er vermeiden solle, um sich die Sympathien der Zuschauer zu sichern.<sup>6</sup>

Als Wajda im Büro des Episkopats ankam, herrschte dort gespannte Nervosität: Zwei Wochen zuvor waren inoffizielle Gespräche zwischen Vertretern von Opposition und Regime über die Aufnahme von Verhandlungen an einem Runden Tisch im Sande verlaufen, weil die Gesprächspartner keine Einigung über die Frage der Legalisierung der *Solidarność* erzielen konnten. Zwar interpretierten die Vertreter der Opposition das Angebot zur Fernsehdebatte als Zeichen der Gesprächsbereitschaft des Regimes, sie fürchteten jedoch auch, Wałęsa werde einer inhaltlichen Debatte mit dem umfassender gebildeten Miodowicz nicht gewachsen sein.<sup>7</sup> Deshalb nutzten die Berater Wałęsas – unter ihnen Adam Michnik, Jacek Kuroń, Janusz Onyszkiewicz und Tadeusz Mazowiecki – den Tag, um mit Wałęsa potenzielle Fragen und Angriffe Miodowiczs durchzuspielen und überzeugende Antwortstrategien zu entwickeln. Sie konnten nicht ahnen, dass die Vertreter des Regimes nicht weniger beunruhigt waren als sie selbst; denn Miodowicz hatte die Debatte initiiert, ohne sich mit dem Politbüro abzustimmen, und man fürchtete, dass Wałęsa weit mehr als Miodowicz von der Debatte profitieren werde.<sup>8</sup>

Den gesamten Tag über führten Vertreter der Opposition weitere Verhandlungen über Detailfragen bezüglich des Ablaufs der Debatte. Am Nachmittag einigten sich beide Seiten darauf, dass die Diskutanten nur von zwei Personen begleitet werden dürften: einem Sekretär und einem Chauffeur. Um Wałęsa also doch noch als Medienberater zur Seite stehen zu können, bot sich Wajda als Chauffeur an:

„Ich war bereit, ihn in allem zu unterstützen, aus der Überzeugung heraus, dass nur ein Arbeiter sich der ‚Arbeitermacht‘ erfolgreich entgegenstellen und bis zu ihrem Zerfall mit ihr kämpfen könne, während uns, der Intelligenz, in diesem Kampf nur eine helfende Rolle zukommt.“<sup>9</sup>

Doch das Fernsehen lehnte diesen Vorschlag ab.<sup>10</sup>

Bevor ich die Debatte darstelle, die entgegen Wajdas Befürchtungen weder kurzfristig abgesagt noch zensiert wurde (Abschnitt 2), und deren Bedeutung für die weitere Entwicklung diskutiere (Abschnitt 3), möchte ich im nächsten Abschnitt auf die politischen Hintergründe eingehen: Welche Ereignisse hatten zu jener Situation Ende der 1980er Jahre geführt, in der sich Vertreter von Opposition und Regime zu Gesprächen über einen Runden Tisch zusammen-

---

<sup>6</sup> In Wałęsas Autobiografie wird Wajda nicht erwähnt, sondern nur der ehemalige Fernsehjournalist Andrzej Bober. Vgl. WAŁĘSA (wie Anm. 3), S. 75.

<sup>7</sup> ADAM MICHNIK, JÓZEF TISCHNER, JACEK ŻAKOWSKI: *Między Panem a Plebanem* [Zwischen einem Herrn und einem Pfarrer], Kraków 1995, S. 526.

<sup>8</sup> Vgl. JAN SKÓRZYŃSKI: *Uгода i rewolucja. Władza i opozycja 1985-1989* [Verständigung und Revolution. Macht und Opposition 1985-1989], Warszawa 1995, S. 131; siehe auch GARLICKI (wie Anm. 2), S. 190.

<sup>9</sup> WAJDA (wie Anm. 1), S. 273.

<sup>10</sup> Vgl. ebenda, S. 272; siehe auch GARLICKI (wie Anm. 2), S. 190.

gefunden hatten? Welche Strategien verfolgten die Vertreter der Regierung, welche die der Opposition?

### Die politischen Hintergründe – ein kurzer Rückblick<sup>11</sup>

Im August 1980 war das in einem staatssozialistischen Regime bis dahin Undenkbare geschehen – ein Regime, das beanspruchte, die Interessen der Arbeiterklasse zu repräsentieren, hatte sich gezwungen gesehen, die unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft „Solidarität“ (*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“*) anzuerkennen, der im Laufe der nächsten Monate zehn Millionen Polen beitraten. Nur sechzehn Monate später hatte der Premierminister Polens, General Wojciech Jaruzelski, den Kriegszustand ausgerufen und so die „sich selbst beschränkende Revolution“<sup>12</sup> beendet. Zwar gelang es dem Regime überraschend schnell, die Ordnung wieder herzustellen, doch war damit weder der zugrunde liegende Konflikt zwischen dem staatssozialistischen Regime und der Opposition gelöst noch ein Ausweg aus der drängenden Wirtschaftskrise gefunden: Das Regime konnte die Gesellschaft nicht konsequent „normalisieren“, weil es auf die Mithilfe ebenjener Gesellschaft wie auch auf Unterstützung des Westens angewiesen war, um dringend notwendige Wirtschaftsreformen umsetzen zu können.<sup>13</sup> Es musste somit andere Wege finden, um die Opposition zu schwächen und Legitimation zu erlangen. Zum einen versuchte es, die Oppositionellen mit Hilfe der Propaganda zu diskreditieren: Die Führer der *Solidarność* wurden als Extremisten (*ekstremiści*) und Abenteurer (*awanturnicy*) bezeichnet<sup>14</sup>, welche die berechtigten Forderungen der einfachen Mitglieder radikalisiert hätten und dafür verantwortlich seien, dass das Land „am Abgrund eines Bruderkampfes“<sup>15</sup> gestanden habe. Das Regime unternahm zum anderen verschie-

<sup>11</sup> Auf die Ereignisse der 1980er Jahre und die Veränderungen innerhalb der polnischen Opposition gehe ich in meiner Dissertation ausführlicher ein. Vgl. HELLA DIETZ: Von der Opposition der Werte zu den Werten der Opposition. Eine pragmatistische Rekonstruktion der zivilgesellschaftlichen Opposition in Polen [unveröffentlichtes Manuskript].

<sup>12</sup> Der Begriff der „sich selbst beschränkenden Revolution“ (*samoograniczającej się rewolucja*) wurde erstmals von Jadwiga Staniszkis verwendet. Sie hat unter dem gleichen Titel eine Analyse der *Solidarność* vorgelegt: JADWIGA STANISZKIS: *Poland's Self-Limiting Revolution*, Princeton 1984. Vgl. TIMOTHY GARTON ASH: *The Polish Revolution: Solidarity*, 3. Aufl., New Haven u.a. 2002, S. 93; JERZY HOLZER: „Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985, S. 132.

<sup>13</sup> Vgl. NORMAN DAVIES: *God's Playground: A History of Poland*, Bd. 2, New York 2005, S. 497.

<sup>14</sup> Vgl. SMOLAR (wie Anm. 3), S. 4.

<sup>15</sup> Telewizja Polska [Polnisches Fernsehen], 13.12.1981: Przemówienie z 13 grudnia 1981 o wprowadzeniu stanu wojennego [Ansprache vom 13. Dezember 1981 anlässlich der Ausrufung des Kriegszustands]. Um die These von der Radikalisierung der Aktivisten zu belegen, wurden Ausschnitte aus den Sitzungen der *Solidarność* zitiert, aber auch im Untergrund gedruckte Stellungnahmen der Aktivisten rezipiert, die dabei häufig überzeichnet, manchmal sogar schlicht falsch zitiert werden, siehe beispielsweise Głos

dene Anläufe, die Oppositionellen zur Aufgabe oder zur Mitarbeit in regimetreuen Organisationen zu bewegen: Während des Kriegszustands versuchte es, inhaftierte Solidarność-Aktivisten dazu zu bringen, Loyalitätserklärungen zu unterschreiben.<sup>16</sup> Ende 1982 verabschiedete es ein neues Gewerkschaftsgesetz, das die Solidarność (und alle anderen Gewerkschaften) verbot, aber die Gründung von Betriebsgewerkschaften mit eingeschränkten Befugnissen erlaubte, die der Solidarność Mitglieder und Mitgliedsbeiträge streitig machen sollten; einige Monate nach der Aufhebung des Kriegszustands im Juli 1983 versprach der Innenminister, General Czesław Kiszczak, den zwölf bekanntesten noch inhaftierten Aktivisten freie Ausreise in den Westen, wenn sie zustimmten, Polen für mindestens fünf Jahre zu verlassen.<sup>17</sup>

Die Propaganda schien in gewissem Umfang erfolgreich – in Meinungsumfragen im Februar 1982 sah eine Mehrheit der Befragten den Kriegszustand als notwendige Reaktion des Regimes an, der immerhin die Ordnung wiederhergestellt habe.<sup>18</sup> In den folgenden Monaten stimmten immer mehr Polen der These zu, dass die Solidarność zu weit gegangen sei (*poszła za daleko*).<sup>19</sup> Weniger erfolgreich waren allerdings die Versuche, die Oppositionellen zur Aufgabe oder zur Mitarbeit in regimetreuen Organisationen zu überreden – kaum einer der namhaften Aktivisten unterzeichnete eine Loyalitätserklärung<sup>20</sup>; und keiner von ihnen trat in die regimetreuen Gewerkschaften ein<sup>21</sup>. Die inhaftierten Aktivisten lehnten auch das Angebot zur Ausreise ab<sup>22</sup>.

Die Oppositionellen standen vor der Herausforderung, unter den veränderten Bedingungen des Kriegszustands um das Existenzrecht (*współistnienie*) der Solidarność zu kämpfen. Die Solidarność überstand die Zeit im Unter-

Wybrzeża vom 28.12.1981: Rząd narodowy Jacka Kuronia [Die nationale Regierung Jacek Kuroń].

<sup>16</sup> ADAM MICHNIK [unter dem Pseudonym ANDRZEJ ZAGOZDA]: List z Białoleki [Brief aus Białoleka], in: Aneks 27 (1982), S. 26.

<sup>17</sup> Vgl. MICHAEL KAUFMAN: Mad Dreams, Saving Graces. Poland: A Nation in Conspiracy, New York 1989, S. 71 ff.

<sup>18</sup> Vgl. WOLF OSCHLIES: „Verlorene Generation“. Polens Jugend im „Kriegszustand“ 1981-1983, Köln 1983 (Berichte des Bundesinstituts für Ostwissenschaftliche und Internationale Studien: 1983, 23), S. 1.

<sup>19</sup> Vgl. JERZY SURDYKOWSKI: Nic Nowego, Niestety [Leider nichts Neues], in: Aneks 36 (1985), S. 26-38, hier S. 27; JAKUB KARPIŃSKI: Wiktymologia polityczna [Politische Viktimologie], ebenda, S. 12-23, hier S. 13.

<sup>20</sup> Vgl. ASH (wie Anm. 12), S. 281.

<sup>21</sup> Den regimetreuen Gewerkschaften gelang es zwar, bis 1986 sechs Millionen Mitglieder zu mobilisieren. Diese repräsentierten jedoch vor allem jene Gesellschaftsschichten, die nicht in der Solidarność aktiv gewesen waren – offiziellen Zahlen zufolge waren nur 38% Arbeiter (2 280 000). Von diesen war zwar die Mehrheit zuvor Mitglied der Solidarność gewesen (1 800 000), aber keiner von ihnen in einer lokalen oder regionalen Leitungsposition. 14% der Gewerkschaftsmitglieder waren Rentner (840 000). Alle Zahlen stammen aus DAVID S. MASON: Poland's New Trade Unions, in: Soviet Studies 39 (1987), 3, S. 489-508, hier S. 502 ff.

<sup>22</sup> Vgl. ADAM MICHNIK: List do gen. Kiszczaka [Brief an General Kiszczak], Warszawa 1983; siehe auch KAUFMAN (wie Anm. 17), S. 77.

grund, sie wandelte sich jedoch von einer Massenbewegung von Arbeitern und Intellektuellen hin zu einer elitären Bewegung, die vor allem von der städtischen Intelligenz getragen wurde, und an die Stelle der (überwiegend) pragmatischen Rhetorik zumindest der Führung und der Berater der *Solidarność* 1980/81 trat die Kriegsrhetorik eines Kampfes „der Gesellschaft“ (*społeczeństwo*) gegen „das Regime“ (*władza*).<sup>23</sup> Diese neue Rhetorik lässt sich exemplarisch an der Antwort von Adam Michnik, einem der zwölf Inhaftierten, denen Kiszczak die Ausreise anbot, zeigen: Während die Forderungen von 1980/81 auf ein „besseres Leben“ gezielt hatten, wandte sich Michnik nun an Menschen, die Polen „eher mit einer Gefängniszelle als mit einem Ministerialposten identifizieren“; während 1980/81 der Glaube an die rationale Umgestaltbarkeit der Situation das Handeln geleitet hatte, postulierte Michnik, anknüpfend an die romantische Tradition, dass „der Wert des Kampfes nicht in den Chancen auf einen Sieg, sondern im Wert der Sache“ liege; während sich die moralische Position der Opposition 1980/81 gegen die Systemlogik gewandt hatte, machte Michnik die Personen selbst verantwortlich und beschimpfte die Vertreter des Regimes als „rachsüchtige, ehrlose Schweine“.<sup>24</sup>

Diese Fortsetzung der Opposition mit anderen Mitteln schien zunächst erfolgreich: Die Untergrundpresse druckte mehr Zeitungen und Bücher als in der Zeit vor dem Kriegszustand; zahlreiche Stellungnahmen wie der zitierte, aus der Haft geschmuggelte Brief von Adam Michnik wurden von den internationalen Medien aufgegriffen; die westlichen Regierungen knüpften ihre Bereitschaft, Polen Kredite zu geben, an die Freilassung der inhaftierten Aktivisten und die Legalisierung der *Solidarność*. Doch obwohl viele Polen immer wieder zeigten, dass sie „das Wort *Solidarność* nicht vergessen haben“<sup>25</sup>, ließen sie sich nicht im erhofften Maße für politische Aktionen mobilisieren: Bereits am Jahrestag der August-Vereinbarungen 1982 waren weit weniger Demonstranten erschienen als erwartet<sup>26</sup>; in den Jahren bis 1988 ging die Unterstützung für die *Solidarność* stetig zurück.<sup>27</sup>

Mitte der 1980er Jahre änderten sich die politischen Gelegenheitsstrukturen: Mit der Wahl von Michail Gorbacëv zum Generalsekretär des Zentralko-

<sup>23</sup> Vgl. KAROL MODZELEWSKI: What happened to Solidarity?, in: *Uncaptive Minds* 7 (1994), 1, S. 63-75, hier S. 69.

<sup>24</sup> Vgl. MICHNIK (wie Anm. 22).

<sup>25</sup> Wenige Wochen nach der Ausrufung des Kriegszustands wurden die ersten Graffiti an Häuserwände und Brücken gemalt: Die Solidarität lebt! (*Solidarność żyje!*); Euer Winter, unser Frühling! (*Wasza zima, nasza wiosna!*); eine Million Menschen waren an der Weitergabe und Produktion von Untergrundpublikationen beteiligt; es gab ein Untergrund-Radio und Untergrund-Theater; die Geschichten der Untergrund-Aktivisten, denen es oft jahrelang gelang, ihrer Verhaftung zu entgehen, kannte in Polen jedes Kind. Vgl. KAUFMAN (wie Anm. 17), S. 32 ff., 79 und 92.

<sup>26</sup> Vgl. MACIEJ ŁOPIŃSKI, MARCIN MOSKIT, MARIUSZ WILK: *Konspira: Solidarity Underground*, Berkeley u.a. 1990 (*Societies and Culture in East Central Europe*, 3), S. 169.

<sup>27</sup> Vgl. ABRAHAM BRUMBERG: The Demise of Communism, in: *Foreign Affairs* 69 (1989/90), 1, S. 70-88, hier S. 77.

mites der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im März 1985 und seinem Programm von Glasnost und Perestrojka vergrößerte sich der Spielraum Polens für Reformen. In dieser Situation begannen einige regimekritische Intellektuelle, eine neue Oppositionsstrategie zu formulieren: Ebenjener Adam Michnik, der 1983 postuliert hatte, der Wert des Kampfes liege nicht im Sieg, sondern in der Sache, distanzierte sich in einem 1985 in London veröffentlichten Buch von Teilen der *Solidarność*, den „neuen Radikalen“, und schlug anstelle von Selbstbefreiung und Selbstverwaltung der Gesellschaft einen Elitenkompromiss „mit den zur Einigung bereiten Gruppen der herrschenden Klasse“ vor.<sup>28</sup> Eine Gruppe von Intellektuellen veröffentlichte nach der Amnestie 1986 und der Liberalisierungsphase Anfang 1987 einen Appell an das Regime, in dem sie sehr allgemein gehaltene Ziele der Opposition formulierten, vor allem jedoch eine „zivile“ Abspaltung der Opposition konstituierten – eine politisch-intellektuelle Elite, die im Namen der *Solidarność*, aber auch anstelle der *Solidarność* sprach.<sup>29</sup> Aus diesem Kreis ging schließlich das Bürgerkomitee (*Komitet Obywatelski*) hervor, das nach den Streiks im Frühjahr 1988 begann, mit den Reformern des Regimes (*grupa reformatorska*) Gespräche über Verhandlungen an einem Runden Tisch zu führen.

Auch die Regierung reagierte auf die veränderten Rahmenbedingungen, jedoch waren weder die Amnestie 1986 noch die Phase der Liberalisierung 1987 – wie von der Opposition vermutet – bereits Zeichen von Verhandlungsbereitschaft, im Gegenteil: Die Regierung Jaruzelskis ging 1986 davon aus, dass die Opposition kaum noch Schaden anrichten könne.<sup>30</sup> Sie hoffte, sich durch Amnestie und Liberalisierung die Unterstützung der Bevölkerung für die sogenannte II. Etappe der Wirtschaftsreformen sichern zu können, die politische Reformen ersetzen und die Bedeutung der *Solidarność* weiter schwinden lassen sollte. Am 23. November 1987 stellte sie die geplanten Reformen erstmals in einem demokratischen Referendum zur Abstimmung, denn sie rechnete fest damit, durch diesen ungewöhnlichen Schritt deren Umsetzung

---

<sup>28</sup> ADAM MICHNIK: *Takie czasy ... Rzecz o kompromisie* [Solche Zeiten ... Abhandlung über den Kompromiss], London 1985, S. 23. Michniks Buch war nicht die einzige Auseinandersetzung mit der *Solidarność* – in demselben Jahr erschien eine von Andrzej Walicki angestoßene Serie von Analysen in der Exilzeitschrift *Aneks*. Doch Michniks Text war der erste, in dem sich der Wandel der Oppositionsstrategie von einer zivilgesellschaftlichen hin zu einer politischen Lösung andeutete. Diese Alternative wurde ab Mai 1987 intensiv diskutiert, im Frühsommer 1988 hatte sie sich durchgesetzt. Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 42 und 70.

<sup>29</sup> Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 28.

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, S. 24 f. Geheimdienstschätzungen gingen bereits 1984 davon aus, dass die Untergrund-*Solidarność* nicht mehr in der Lage sei, „die Arbeiterklasse zu scharfen Auftritten gegen den Staat und das politische System zu bringen“. Vgl. ANTONI DUDEK: *Reglamentowana rewolucja: Rozkład dyktatury komunistycznej w Polsce 1988-1990* [Die reglementierte Revolution: Das Auseinanderbrechen der kommunistischen Diktatur in Polen 1988-1990], Kraków 2005 (Arkana historii, 5), S. 58.

legitimieren zu können.<sup>31</sup> Doch obwohl eine Mehrheit der abgegebenen Stimmen für Reformen votierte, verfehlte die Regierung die notwendige Mehrheit aller Stimmberechtigten.

In Reaktion auf das verlorene Referendum entschied die Regierung, eine gemäßigte Version der Wirtschaftsreformen umzusetzen, deren zentraler Bestandteil Preiserhöhungen waren. Doch auch dieser Reformversuch scheiterte: Sowohl im Frühjahr als auch im August 1988 kam es zu Streiks, auf die die Regierung mit Lohnerhöhungen reagierte, was wiederum die Inflation anheizte. Die Situation erschien aussichtslos: Die Regierung erkannte, dass sie (noch immer) über zu wenig Legitimation verfügte, um die Arbeiter zu Konzessionen zu motivieren, aber andererseits zu schwach war, um Preiserhöhungen gegen streikende Arbeiter durchzusetzen, und angesichts der dramatischen Wirtschaftskrise nicht genug Zeit blieb, um die bisherige Strategie des Abwartens weiter zu verfolgen.<sup>32</sup>

1988 schwankte die Strategie der Regierung Jaruzelskis zwischen Kampf und Verständigung: Einerseits intensivierte die Regierung den ideologischen Kampf gegen die Opposition, andererseits sandte sie Signale der Verhandlungsbereitschaft: Die offizielle Zeitschrift *Konfrontacje* [Konfrontationen] veröffentlichte einen Vortrag von Bronisław Geremek und damit erstmals seit 1981 einen Text eines Beraters der Solidarność. Bereits nach den Streiks im Frühjahr kam es zu ersten Sondierungsgesprächen zwischen Vertretern der Regierung und der Opposition, die jedoch ohne Ergebnis abgebrochen wurden. Während der Auguststreiks wurden die Gespräche dann fortgesetzt und Verhandlungen zur Aufnahme von Gesprächen zwischen Opposition und Regierung an einem Runden Tisch geführt. Die Gespräche scheiterten an der für die Oppositionellen zentralen Forderung nach Gewerkschaftspluralismus und der Legalisierung der Solidarność. Zudem wandte sich die Regierungsseite gegen die Beteiligung bestimmter Aktivisten, insbesondere gegen die Beteiligung der als „radikal“ geltenden Aktivisten Adam Michnik und Jacek Kuroń. Nachdem auch das vierte Treffen zwischen Wałęsa und Innenminister Kiszczak am 18./19. November 1988 ohne Ergebnis endete, schien die Möglichkeit eines Runden Tisches in weite Ferne gerückt.<sup>33</sup>

---

<sup>31</sup> Die Fragen lauteten: „1) Bist Du für die vollständige Realisierung des im Sejm vorgestellten Programms der radikalen Gesundung der Wirtschaft, das zu deutlichen Verbesserungen des gesellschaftlichen Lebens führen wird, auch wenn Du weißt, dass dies einen Übergang von zwei, drei Jahren schnellen Wandels erfordert? 2) Sprichst Du Dich für das polnische Modell der tiefgreifenden Demokratisierung des politischen Lebens aus, dessen Ziel die Verstärkung der Selbstverwaltung, die Ausweitung der Bürgerrechte und die Vergrößerung von deren Bedeutung für das Regieren des Landes ist?“ Vgl. Trybuna Ludu vom 24./25.11.1987.

<sup>32</sup> BRANKO MILANOVIC: Poland's Quest for Economic Stabilisation, 1988-91: Interaction of Political Economy and Economics, in: *Soviet Studies* 44 (1992), 3, S. 511-532, hier S. 517.

<sup>33</sup> Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 123.

## Ein unerwartetes Medienereignis

In dieser Situation lud ausgerechnet Alfred Miodowicz, der Vorsitzende des regimetreuen Gewerkschaftsverbands *Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych* [Gesamtpolnische Verständigung der Gewerkschaften; OPZZ], Lech Wałęsa zu einer Fernsehdebatte ein. Die OPZZ war von der Regierung mit dem Ziel gegründet worden, ein unpolitisches, aber glaubwürdiges Gegengewicht zur *Solidarność* aufzubauen und einen Teil der „partizipativen Energie der *Solidarność*“<sup>34</sup> zu kanalisieren – Verband und Gewerkschaften waren zwar unabhängig von den administrativen und wirtschaftlichen Staatsorganen, die Satzung schränkte jedoch Funktionen und Reichweite der Gewerkschaften auf Beschäftigungsangelegenheiten (*interesy zawodowy*) ein. In den Verhandlungen über mögliche Gespräche zwischen Regime und Bürgerkomitee waren Vertreter der OPZZ die entschiedensten Gegner des Gewerkschaftspluralismus gewesen, sie verteidigten ihr Monopol mit dem Schlagwort „eine Gewerkschaft in einem Betrieb“ (*jeden związek w jednym zakładzie*) und argumentierten, der Gewerkschaftspluralismus sei angesichts der Probleme Polens sekundär.<sup>35</sup>

Was motivierte nun Miodowicz, der als Vorsitzender der OPZZ auch Mitglied des Zentralkomitees (ZK) der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza*; PZPR) war, öffentlich mit jenem Wałęsa zu debattieren, der seit Jahren offiziell als Privatperson behandelt und aus den regimetreuen Medien verbannt worden war? Die Realisten in der OPZZ interpretierten die Streiks im Frühjahr und Herbst 1988 als erste Anzeichen der nächsten politischen Krise.<sup>36</sup> Einerseits wollten sie verhindern, dass sich das Regime – ähnlich wie 1980 – über die Köpfe der Vertreter der regimetreuen Gewerkschaften hinweg mit der *Solidarność* einigte.<sup>37</sup> Andererseits hatten sie weniger Berührungsängste mit der *Solidarność* als die anderen Vertreter des Regimes – nicht zuletzt war nicht nur Miodowicz, sondern insgesamt 40% aller Mitglieder der OPZZ 1980/81 Mitglieder der *Solidarność* gewesen.<sup>38</sup> Viele von ihnen gingen davon aus, dass der Kriegszustand der *Solidarność* das Rückgrat gebrochen habe und deren Zeit als politische Massenbewegung vorbei sei. Daher erschien es ihnen sowohl notwendig als auch möglich, die *Solidarność* als Verbündete zu gewinnen. Sie hatten schon im Sommer Kontakt zu deren Vertretern aufgenommen und in einem Treffen unter anderem mit Jadwiga Staniszkis Möglichkeiten der Zusammenarbeit

---

<sup>34</sup> Vgl. MASON (wie Anm. 21), S. 489.

<sup>35</sup> Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 131.

<sup>36</sup> Vgl. das Interview mit dem Mitarbeiter des ZK und Vorsitzenden der Gewerkschaft der Mitarbeiter der PZPR, Wojciech Wiśniewski: 20. rocznica debaty telewizyjnej Miodowicz-Wałęsa: Jak OPZZ partię zdradzał [Der 20. Jahrestag der Fernsehdebatte Miodowicz-Wałęsa: Wie die OPZZ die Partei verriet], in: *Gazeta Wyborcza* vom 3.12.2008

<sup>37</sup> Vgl. GARLICKI (wie Anm. 2), S. 189.

<sup>38</sup> Vgl. MASON (wie Anm. 21), S. 504.

ausgelotet. Miodowicz ging davon aus, dass es ihm in einer öffentlichen Debatte mit dem Arbeiter Lech Wałęsa, der keinen höheren Bildungsabschluss hatte, leicht gelingen würde, diesen zu kompromittieren und sich selbst als glaubwürdigere Alternative mit besseren Argumenten zu profilieren.<sup>39</sup> Wałęsa nahm dieses Angebot sofort an: „Ich schlage ein solches Gespräch seit sieben Jahren vor.“<sup>40</sup>

Auch das polnische Fernsehen reagierte umgehend und lud beide zur Debatte ins Studio ein.

Die Mitglieder des Politbüros waren über Miodowiczs Vorstoß verärgert; sie fürchteten, dass jede Form von Publizität Wałęsa nutzen würde, und warfen Miodowicz vor, er falle ihnen in den Rücken.<sup>41</sup> Doch letztendlich verhinderten sie die Debatte nicht – sofern Jaruzelskis Einschätzung von Miodowicz und Wałęsa noch dieselbe war wie 1984, als er Miodowiczs intellektuelles Potential mit dem Himalaya, das von Wałęsa hingegen mit dem Świętokrzyski-Gebirge verglichen hatte, läge die Vermutung nahe, dass auch Jaruzelski davon ausging, dass sich Wałęsa selbst kompromittieren würde.<sup>42</sup> Überdies änderte sich zu dieser Zeit die Haltung des Reformflügels gegenüber der Opposition, da sich die Einsicht durchzusetzen begann, dass die Reformbestrebungen des Regimes ohne Unterstützung der Opposition keine Aussicht auf Erfolg haben würden (siehe dazu Abschnitt 3). Man empfahl Miodowicz, nicht aggressiv zu werden, aber in jedem Fall zu gewinnen, Miodowicz wiederum versprach, er werde aus Wałęsa „Marmelade machen.“<sup>43</sup>

Am Abend des 30. November 1988 begrüßte der Moderator des bekannten „Fernsehtagebuchs“, Marek Tumanowicz, die Zuschauer und stellte die beiden Teilnehmer schlicht als Herrn Alfred Miodowicz und Herrn Lech Wałęsa vor. Er erläuterte, dass dieses Treffen auf Einladung von Miodowicz stattfinde und vierzig Minuten dauern werde. Miodowicz und Wałęsa saßen jeweils vor einem kleinen Tisch, der Kamera zugewandt, im Bildhintergrund sah man die von Andrzej Wajda geforderte Uhr.

Miodowicz, auf der linken Seite in grauem Anzug und schwarzem Hemd sitzend, begann – er wählte seine Worte sorgfältig und hielt zunächst die Augen gesenkt:

---

<sup>39</sup> Miodowicz kannte natürlich die Fernsehdebatte von 1983 zwischen Vertretern der Opposition und dem damaligen Vizepremierminister Mieczysław Rakowski. Miodowicz hat später in seinen Erinnerungen geschrieben, dass Rakowski den Fehler gemacht habe, Wałęsa zu demütigen, ihn lächerlich zu machen und zu beleidigen. Vgl. ALFRED MIODOWICZ: *Zadymiarz* [Raufbold], Warszawa 1993, S. 123 f.

<sup>40</sup> *Dyskusja Miodowicz-Wałęsa* [Diskussion Miodowicz-Wałęsa], in: *Trybuna Ludu* vom 17.11.1988.

<sup>41</sup> Vgl. DUDEK (wie Anm. 30), S. 60.

<sup>42</sup> Vgl. ebenda, S. 218.

<sup>43</sup> Vgl. GARLICKI (wie Anm. 2), S. 190.

„Viele Jahre sind vergangen, Herr Wałęsa, seit ich Sie das letzte Mal in Nowa Huta gesehen habe.“<sup>44</sup>

Nach einem kurzen Verweis darauf, dass beide Diskutanten älter geworden seien, betonte er, dass sich die Situation zwar verändert habe, die Sorgen aber dieselben geblieben seien, nämlich die „Sorgen der Menschen der Arbeit“ (*zmartwienia ludzi pracy*): die Warteschlangen, die Armut der Arbeitsveteranen, die in der Produktion fehlenden Maschinen, die Verschuldung.

Miodowicz stellte dann seinen Lösungsvorschlag für diese Probleme anhand von drei Punkten vor.

„Erstens: Sofern das Allheilmittel für diese Probleme die Spaltung der Fabriken sein soll, dann bin ich gegen ein solches Mittel und meine, dass uns das in unseren Bemühungen um die Lösung unserer Probleme nicht nach vorne bringt.“

Er warf Wałęsa vor, dass er bei einem der Streiks im Frühling 1988 gesagt habe, er sehe diese Streiks mit einem weinenden und einem lachenden Auge. In der gegenwärtigen Situation müssten jedoch beide Augen trauern; denn die Konsequenzen dieser Streiks – und hier weniger die ökonomischen als vielmehr die sozialen Konsequenzen der Spaltungen in den Fabriken – seien dramatisch. Zweitens:

„Kann man sagen, dass der Pluralismus der Gewerkschaften alle unsere Probleme lösen kann? Wenn das so ist, dann bin ich Befürworter eines solchen Pluralismus, aber ich glaube nicht, dass dem so ist.“

Er bezog sich auf Wałęsas Aussage, dass Polen sich nicht von der Stelle bewegen werde, wenn es keine westlichen Hilfen bekäme. Bedingung für diese Hilfe seien jedoch soziale Sicherheit und Ruhe. Deshalb sei Pluralismus nur annehmbar unter der Bedingung, dass es nur eine Gewerkschaft pro Betrieb gebe (*jeden związek w jednym zakładzie*). Da Wałęsa zudem in der deutschen Zeitschrift *Der Spiegel* Reformen vorgeschlagen habe, die den Vorschlägen der OPZZ entsprächen, und da die Situation nun einmal so sei wie sie ist, sollten die Aktivisten der Solidarność in die OPZZ eintreten und sich dort zur Wahl stellen. Miodowicz fragte drittens:

„Hätte es passieren können, dass sich unsere Situation umgekehrt hätte, dass Miodowicz sich um die Legalisierung seiner Gewerkschaft bemühen müsste? Ja, das hätte passieren können. Das hätte passieren können, wenn [...] die Mitglieder der Solidarność – zu denen auch ich gehört habe – sich 1982 oder 1983 nämlich aktiv dafür eingesetzt hätten, dass die Solidarność wieder ins Leben gerufen worden wäre.“

<sup>44</sup> Alle Zitate in diesem Abschnitt stammen aus der Aufzeichnung der Fernsehdebatte: Preludium obrad – debata Wałęsa Miodowicz [Präludium der Beratungen – die Debatte Wałęsa Miodowicz], im Internet unter: <http://www.tvp.pl/historia/rocznice-i-wydarzenia/89tvpppl/wideo/okragly-stol/preludium-obrad-debata-walesa-miodowicz-1988r> (eingesehen am 25.01.2010). An anderer Stelle im Internet veröffentlichte „Transkripte“ sind durch Fehler und nicht gekennzeichnete Auslassungen gekennzeichnet. Das gilt auch für die offizielle Seite [www.polska.pl](http://www.polska.pl), siehe <http://kalendarium.polska.pl/wydarzenia/article.htm?id=82830> (eingesehen am 10.01.2011).

Miodowicz spielte hier auf die Möglichkeit an, eine entpolitisierte Solidarność zu den Bedingungen des Regimes ins Leben zu rufen, und fuhr fort:

„[D]as Gesicht der Solidarność wäre heute ein ganz anderes als das Gesicht, das sie damals hatte.“

Er verstehe die Probleme der Jugend, aber er verstehe nicht, dass man die Solidarność wieder haben möchte. 1981 habe die Solidarność Ruhe garantieren können, jetzt bestehe die Lösung in einem anderen Modell: eine Gewerkschaft pro Fabrik.

Wałęsa, auf der rechten Seite sitzend, ebenfalls im grauen Anzug, im Unterschied zu Miodowicz jedoch mit weißem Hemd, blauer Krawatte, Muttergottesbild und einem kleinen weißen Solidarność-Logo am Revers, wandte sich nicht an Miodowicz, sondern an die Zuschauer (anfangs zögernd, danach zunehmend freier sprechend):

„Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich freue mich über unser Treffen. Jenen, die sieben Jahre lang nicht gezweifelt haben, danke ich.“

Auch Wałęsa begann mit der Bewertung der gegenwärtigen Situation:

„1980/81 gab es meiner Meinung nach keine äußeren Möglichkeiten für die von der Solidarność vorgeschlagenen Reformen. Vor allem, wie ich irgendwann mal – vielleicht nicht ganz ernsthaft – gesagt habe, weil Brežnev zwei Jahre zu lange gelebt habe. Heute dagegen sieht es so aus, als gebe es diese Bedingungen. Heute dagegen sieht es so aus, als würden diese Bedingungen nicht genutzt.“

Stattdessen werde wiederum nur versucht, das „stalinistische System“ zu retten. Davon zeuge allein die Tatsache des gegenwärtigen Treffens; denn nur Miodowicz konnte es einberufen und Bedingungen stellen, Wałęsas Wünsche zählten nicht. Aber es solle nicht um Aufrechnung gehen. Er, Wałęsa, und die Solidarność seien bereit zu einem großen Kompromiss.

„Allerdings muss man die entscheidenden Fakten anerkennen: Es ist schließlich kein Zufall, dass alle unsere Länder in einer ähnlichen Situation sind.“

Wałęsa argumentierte, dass der Grund für deren wirtschaftliche Probleme das politische, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Monopol sei. Er und Miodowicz seien sich aber doch darin einig, dass sich der Pluralismus in allen Angelegenheiten, wirtschaftlich, politisch, gewerkschaftlich, in der ganzen Welt bewährt habe.

„Es geht also nicht darum, ob wir Pluralismus wollen, sondern wie wir versuchen können, in dieser Situation, in der wir uns befinden, Systeme einzuführen, die sich auf der ganzen Welt bewährt haben.“

Über diese Themen sollte in diesem Gespräch diskutiert werden.

Wałęsa sprach auch die in der offiziellen Presse bislang nur am Rande erwähnten Gespräche über Verhandlungen an einem Runden Tisch an: Die Solidarność war und sei noch immer bereit zum Kompromiss, doch die Vorbedingung dafür sei ihre Anerkennung: *Nie ma wolności bez solidarności!* [Es gibt keine Freiheit ohne die Solidarność!]. Dass diese Forderung nicht

anerkannt worden sei, habe zu der Situation geführt, in der Polen sich jetzt befinde. Er wiederholte: Sie sollten nicht darüber diskutieren, ob es Pluralismus geben solle, sondern wie man ihn einführen und so begrenzen könne, dass es nicht zu Destruktion und Anarchie komme.

Diese Eingangsbemerkungen sollten den Ton der gesamten Debatte festlegen: Miodowicz begann jeweils mit einem kritischen Bezug auf Wałęsa, versuchte dann aber, Einigkeit herzustellen (und hielt sich damit an die Empfehlung des Politbüros, nicht aggressiv zu werden). So entgegnete er auf Wałęsas Statement, dass es neben dem Slogan *nie ma wolności bez Solidarności!* auch andere Slogans gebe, zum Beispiel *precz z komuną!* [Nieder mit der Kommune!]. Aber er stimme zu, dass es jetzt „äußere Möglichkeiten“ für Reformen gebe. Wałęsa wiederum bezog sich selten direkt auf Aussagen von Miodowicz, sondern nutzte dessen Zugeständnisse, um weitergehende Vorschläge zu unterbreiten. Auf Miodowiczs Eingeständnis, dass es „äußere Möglichkeiten“ für Reformen gebe, antwortete er, dass die Geschichte sie schlecht beurteilen würde, wenn sie diese Möglichkeiten nicht nutzten – und dass sie in Russland genau das täten, wofür die *Solidarność* kämpfe. Er schlug weitere Treffen vor, diesmal von Experten auf beiden Seiten, und betonte:

„Wir sollten keine Angst vor Pluralismus haben, das Regime sollte endlich keine Angst vor dem eigenen Volk mehr haben – das Volk ist klug, es versteht, wenn man einfach und klar mit ihm spricht.“

Miodowicz erklärte daraufhin, er stimme zu, dass es einen Runden Tisch geben solle, allerdings – und damit wiederholte er die Position des Regimes – ohne Vorbedingungen. Wałęsa wiederum entgegnete, dass die Erfahrung aber gezeigt habe, dass solche Gespräche zu nichts führten. Stattdessen sollte die Frage gelöst werden, wie sich Pluralismus einführen lasse:

„Es sammelt sich Unzufriedenheit. Wir müssen diesem Material einen anderen Lauf geben, indem wir diese Probleme lösen.“

Wałęsa betonte, dass die *Solidarność* heute eine andere sei und sein müsse – sowohl organisatorisch als auch programmatisch. Miodowicz antwortete, er wiederum habe sehr schlechte Erfahrungen mit den Spaltungen in den Fabriken gemacht, die Forderung nach Zulassung der *Solidarność* mache ihn traurig. Es gebe viele (andere) Möglichkeiten, die drängenden Probleme zu lösen – im Parlament, in der Partei, in Verhandlungen und Gesprächen. Wałęsa entgegnete, es müsse ökonomischen und gesellschaftlichen Pluralismus geben – und wiederholte seine Formulierung aus dem Eingangstatement, dass man Barrieren schaffen müsse, damit dieser Pluralismus nicht zu Destruktion und Anarchie führe. Die Forderung nach Pluralismus ergebe sich im Übrigen schon aus der Arbeitsweise der Computer:

„Was sagen uns die Computer und mathematischen Maschinen? Multivariate Verfahren [*wielowariantowość*], die vorteilhafteste Lösung, die beste Entscheidung.“

Zum ersten Mal unterbrach Miodowicz Wałęsa:

„Aber in diese Richtung gehen wir – auch ohne Pluralismus ...“.

Daraufhin fiel ihm Wałęsa ins Wort:

„Ja, ja, Ihr geht, Schritt für Schritt, zu Fuß, doch die Welt fährt mit dem Auto. Wenn Ihr so weiter geht, werden wir in 200, 300 Jahren Effekte sehen.“

Miodowicz:

„Wir werden in diese Autos einsteigen.“

Am Ende der Debatte kam Wałęsa auf diese Metapher zurück und ergänzte: Er freue sich, wenn sie in dieses Auto einsteigen würden, aber sie sollten die Menschen mitnehmen; denn sie kämpften schließlich nicht für sich selbst (und legte somit nahe, Miodowicz habe nur sich und die Partei gemeint, er selbst meine hingegen alle Polen). Daraufhin bedankte sich Miodowicz – und nicht etwa der Moderator – für die Aufmerksamkeit und beendete das Gespräch, das insgesamt gut 41 Minuten gedauert hatte.

### Die Rolle der Fernsehdebatte für die Aufnahme von Verhandlungen am Runden Tisch

Wie wurde die Fernsehdebatte zur damaligen Zeit beurteilt? Gab es einen eindeutigen Sieger? Und welche Rolle spielte sie für die nun folgende Wiederaufnahme der Gespräche über Verhandlungen? Hatte dieser Abend tatsächlich – wie der damalige Premierminister Mieczysław Rakowski in seinen Erinnerungen schreibt – eine neue politische Situation im Land herbeigeführt?<sup>45</sup>

Der Abend hatte gezeigt, dass die Befürchtungen der Opposition unbegründet waren – die Debatte wurde nicht zensiert, die Kameraeinstellungen waren für beide Diskutanten gleich, und vor allem hatte sich Wałęsa souverän gegen Miodowicz behaupten können: Die geheimen Umfragen des offiziellen Meinungsforschungszentrums (*Ośrodek Badania Opinii Publicznej*) ergaben, dass 78% der Warschauer die Debatte verfolgt hatten, von denen wiederum 60% Wałęsa, aber nur 9% Miodowicz als Sieger sahen.<sup>46</sup> Das lag zum Teil sicherlich daran, dass Wałęsa eine klare Diagnose vorgetragen – sein Vergleich mit den zu Fuß gehenden Reformern und der Auto fahrenden Welt wurde zu einer oft zitierten Metapher für die unbefriedigenden Reformversuche des Regimes – und neue Vorschläge zur Lösung der aussichtslos erscheinenden Situation Polens unterbreitet hatte. Miodowicz hingegen hatte lediglich die

<sup>45</sup> Vgl. MIECZYSLAW RAKOWSKI: *Jak to się stało* [Wie es passiert ist], Warszawa 1991, S. 306.

<sup>46</sup> Vgl. OŚRODEK BADANIA OPINII PUBLICZNEJ: *Komunikat z badań* Nr. 35/500, Dezember 1988, S. 2.

allseits bekannte OPZZ-Forderung nach einer Gewerkschaft pro Fabrik wiederholt<sup>47</sup>, was 20% der Zuschauer auch explizit als Kritikpunkt anmerkten.<sup>48</sup>

Entscheidend war allerdings nicht allein, was gesagt wurde, sondern auch, wie es gesagt wurde (und von wem); denn die Fernsehzuschauer hatten erstmals seit sieben Jahren die Möglichkeit, Lech Wałęsa live zu erleben – und sahen einen Mann, der mit dem Zerrbild, das die Propaganda über Jahre von ihm gezeichnet hatte, kaum Ähnlichkeiten aufwies. Anstelle eines „primitiven Demagogen“, der keine drei fehlerfreien Sätze hintereinander sagen könne<sup>49</sup>, sprach ein Gewerkschaftsführer, der sich zwar weniger gewählt ausdrückte als Miodowicz, dem es aber gelang, in einfacher Sprache (und ohne die verhassten Formulierungen des sozialistischen Neusprech) überzeugende, erstaunlich gemäßigte Forderungen vorzutragen. Auch wirkte Wałęsa keineswegs wie eine „lächerliche Marionette extremistischer Berater“<sup>50</sup> – er vermittelte den Eindruck eines Mannes, der auch ohne Berater sehr genau wusste, was er will. Das zeigte sich wiederum an den Bewertungen der Zuschauer: 38% bemängelten, dass sich Miodowicz vieler sozialistischer Slogans bediente, Wałęsa hingegen billigten 25% der Zuschauer zu, sachlich, konkret, ernsthaft, ruhig und freundlich agiert zu haben. 18% hoben hervor, dass er glaubwürdig und ehrlich gewirkt habe – im direkten Vergleich brachten 42% der Zuschauer Miodowicz Vertrauen entgegen, 73% hingegen Wałęsa.<sup>51</sup> Rakowski schreibt in seinem Tagebuch, Wałęsa habe eingängige, überzeugende Argumente gebracht<sup>52</sup>, und selbst der damalige berühmt-berüchtigte Pressesprecher Jerzy Urban gibt rückblickend zu:

„Er war verständigungsorientiert und ernsthaft. Die leibhaftige Negation all dessen, was ich sieben Jahre lang über ihn gesagt habe.“<sup>53</sup>

Bereits wenige Tage nach der Debatte analysierte die Regierung deren Auswirkungen: Auf einer Sitzung des ZK am 5. Dezember stellte Jaruzelski fest, dass die „unglückliche Debatte“ der Regierung sehr geschadet habe; denn Wałęsa habe den Eindruck eines klugen und verantwortungsvollen Mannes gemacht, und es sei ihm gelungen, die Fernsehzuschauer davon zu überzeugen, „dass man sich vor der Solidarność nicht fürchten müsse“.<sup>54</sup> Dies

<sup>47</sup> Auf einer im Untergrund gedruckten Briefmarke der „Post der Solidarność“ ist Miodowiczs Rede wie folgt zusammengefasst: „Eine Gewerkschaft ... eine Gewerkschaft ... eine Gewerkschaft“.

<sup>48</sup> Vgl. OŚRODEK BADANIA OPINII PUBLICZNEJ: Komunikat Nr. 35/500 (wie Anm. 46), S. 2 f.

<sup>49</sup> Vgl. GARLICKI (wie Anm. 2), S. 37.

<sup>50</sup> Vgl. Trybuna Ludu (wie Anm. 3).

<sup>51</sup> Vgl. OŚRODEK BADANIA OPINII PUBLICZNEJ: Komunikat Nr. 35/500 (wie Anm. 46), S. 3.

<sup>52</sup> Vgl. RAKOWSKI (wie Anm. 45), S. 305.

<sup>53</sup> JERZY URBAN: Jaja kobyły. Spowiedź życia Jerzego Urbana [Stuteneier. Die Erzählung über das Leben Jerzy Urbans], Warszawa 1992, S. 160.

<sup>54</sup> Protokół nr 51 z posiedzenia Sekretariatu KC PZPR w dniu 5 grudnia 1988 [Protokoll Nr. 51 der Sitzung des Sekretariats des Zentralkomitees am 5. Dezember 1988], in: Tajne dokumenty Biura Politycznego i Sekretariatu KC, bearbeitet von STANISŁAW PERZKOWSKI, London 1994, S. 196.

zeigte sich an den Umfrageergebnissen: Im Mai 1988 hatten sich nur 34% der Polen für die Legalisierung der Solidarność ausgesprochen (und immerhin 36% dagegen), im August stieg die Zahl der Befürworter auf 49%, im November sank sie leicht auf 43%, und am Tag nach der Fernsehdebatte stieg sie auf 72%.<sup>55</sup> Einen Tag nach der Sitzung des ZK gestand Urban öffentlich ein, dass sich die Haltung des Regimes gegenüber der Solidarność geändert habe, die Äußerungen Wałęsas würden ihn als glaubwürdigen Verhandlungspartner erscheinen lassen, was wiederum gute Bedingungen für einen Runden Tisch schaffe.<sup>56</sup>

Auf der ersten Sitzung des X. Plenums des ZK am 20./21. Dezember 1988 stellte die Regierung schließlich erstmals ernsthaft die Möglichkeit einer Legalisierung der Solidarność zur parteiinternen Diskussion. Rakowski verteidigte in seiner mit Jaruzelski abgestimmten Rede die Idee von Verhandlungen mit dem „konstruktiven Teil der Opposition“<sup>57</sup>, indem er die Skeptiker darauf hinwies, dass nach der Fernsehdebatte nicht nur die Zahl derer gestiegen sei, die die Legalisierung der Solidarność befürworteten, sondern auch der Rückhalt für das Regime. Außerdem hatte ein geheimer Bericht von Parteianalysten betont, dass die öffentliche Meinung die Partei für ein Scheitern der Gespräche verantwortlich machen und die damit einhergehenden Frustrationen aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Frühjahr zu erneuten Streiks führen würden.<sup>58</sup> Doch die Reformer ernteten harte Kritik von den reformkritischen Parteimitgliedern des sogenannten „Betons“. Auf der nächsten Sitzung des X. Plenums am 16. Januar 1989 kündigten Jaruzelski, Rakowski, Kiszczak und Verteidigungsminister Florian Siwicki ihren Rücktritt für den Fall an, dass das Plenum sich gegen Verhandlungen mit der Solidarność aussprechen sollte. Doch erstmals in der Geschichte der PZPR gab es in der Partei keinen ernsthaften Herausforderer, der die Macht hätte übernehmen können – das Votum für die Aufnahme von Verhandlungen fiel trotz der Kritik fast einstimmig.<sup>59</sup>

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Fernsehdebatte von Rakowski und anderen als entscheidender Wendepunkt auf dem Weg zu Verhandlungen zwischen Regime und Opposition dargestellt wird.<sup>60</sup> Die Fernseh-

<sup>55</sup> Vgl. OŚRODEK BADAŃ I OPINII PUBLICZNEJ: Komunikat z badań Nr. 1/503, 2. Januar 1989, S. 4. Allerdings sank die Zahl der Befürworter im Laufe des Dezembers leicht auf 60 beziehungsweise 61% ab.

<sup>56</sup> Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 133.

<sup>57</sup> Trybuna Ludu vom 22.12.1988: Wystąpienie premiera Mieczysława Rakowskiego [Rede des Premierministers Mieczysław Rakowski].

<sup>58</sup> Vgl. Tajne dokumenty (wie Anm. 54), S. 216 und 222 f.

<sup>59</sup> Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 174 f.; siehe auch DUDEK (wie Anm. 30), S. 229.

<sup>60</sup> SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 133, schreibt: „Der Auftritt Wałęsas [...] hat eine neue politische Situation geschaffen. Eine Abkehr von dem Weg, der früher oder später zur Legalisierung der Gewerkschaft führen würde, gab es nicht.“ Zugleich schränkt er allerdings ein, dass sich in der Regierung Jaruzelskis „irgendwann zwischen August und Dezember die Entscheidung zur Verständigung durchgesetzt habe“. Ebenda, S. 136.

debatte wird in dieser Rekonstruktion zu einem kontingenten Ereignis, das die spätere, pfadabhängige Entwicklung angestoßen hat: Die Fernsehdebatte ermöglichte Verhandlungen, die zu den ersten halbfreien Wahlen in einem staatssozialistischen Land Ostmitteleuropas führen sollten, die wiederum die Formierung der ersten nichtkommunistischen Regierung zur Folge hatten.

Doch ist diese Rekonstruktion zutreffend? Oder gibt es andere, plausible Erklärungen? Zwei alternative Lesarten sollen im Folgenden diskutiert werden.

Eine mögliche alternative Erklärung verweist auf den Einfluss struktureller Faktoren: Waren die Verhandlungen nicht bereits nach dem Scheitern des Referendums und der folgenden Wirtschaftsreformen unausweichlich geworden? Dem Regime fehlte es an Legitimation, um Reformen durchzuführen, denn die Arbeiter waren 1988 genauso wenig wie 1980 dazu bereit, Preiserhöhungen hinzunehmen. Die Wirtschaftskrise war andererseits so dramatisch, dass die bisherige Strategie, Reformen um einige Jahre nach hinten zu verschieben, um zunächst das Legitimitätsproblem zu lösen, nicht mehr aufrechterhalten war – vor allem weil die Wirtschaftskrise selbst die Legitimität des Regimes weiter untergrub.<sup>61</sup> Die Entscheidung, Verhandlungen aufzunehmen, wird in dieser alternativen Rekonstruktion als rationale Reaktion auf strukturelle Probleme gedeutet, die früher oder später gewissermaßen automatisch zu Verhandlungen geführt hätten.<sup>62</sup>

Letztlich vermag die behauptete Existenz struktureller Zwänge jedoch nur zu erklären, dass es *irgendwann* zu einem Zusammenbruch des Systems gekommen wäre. Da es andererseits aber immer mehrere Möglichkeiten gibt, auf strukturelle Zwänge zu reagieren, vermag deren Existenz allein weder plausibel zu machen, warum sich die Regierung aus eigenem Entschluss auf die Reformen eingelassen hat, noch wann genau sie das tat. Es ist zumindest denkbar, dass einige der reformorientierten Regierungsmitglieder sich für eine Hinauszögerung von Verhandlungen oder deren spätere Torpedierung ausgesprochen hätten, wenn sie die Gefahr des vollständigen Machtverlusts nicht unterschätzt und ihren Rückhalt in der Bevölkerung nicht (immer noch) überschätzt hätten.<sup>63</sup> Außerdem ist nicht nur das Vorliegen eines Faktors, sondern auch der genaue Zeitpunkt seines Auftretens von Bedeutung: „time matters“<sup>64</sup>.

---

<sup>61</sup> Vgl. MAREK KAMIŃSKI: How Communism Could Have Been Saved: Formal Analysis of Electoral Bargaining in Poland in 1989, in: *Public Choice* 98 (1999), S. 83-109, hier S. 86.

<sup>62</sup> Zum Beispiel MILANOVIC (wie Anm. 32); BRUMBERG (wie Anm. 27), insbesondere S. 71.

<sup>63</sup> Die Motivationen der Beteiligten für die Aufnahme von Verhandlungen waren sicherlich unterschiedlich: Viele wollten wahrscheinlich ihre eigene Position, auch um den Preis der Aufgabe des Machtmonopols, behalten. Einige wollen vermutlich auch tatsächlich Wirtschaftsreformen ermöglichen – und sei es mit Hilfe der Opposition, die über die nötige Legitimation verfügte. Vgl. SKÓRZYŃSKI (wie Anm. 8), S. 136.

<sup>64</sup> So der Titel eines Buches, in dem die Bedeutung der Zeitlichkeit und deren Konsequenzen für Theorie und Methode der Soziologie aufgezeigt werden. Vgl. ANDREW ABBOTT: *Time Matters. On Theory and Method*, Chicago 2001.

Aus dieser Einsicht, dass die Entscheidungen der Akteure und der Zeitpunkt dieser Entscheidung berücksichtigt werden müssen, folgt natürlich keineswegs, dass die Fernsehdebatte (und nicht etwa ein anderes Ereignis) den entscheidenden Wendepunkt auf dem Weg zu Verhandlungen zwischen Regime und Opposition darstellte. Ich möchte im Folgenden eine alternative Lesart vorschlagen, derzufolge die Fernsehdebatte keinen Wendepunkt darstellte, sondern Veränderungen in der Haltung von Vertretern des Regimes wie auch im Verhältnis von Regime und Opposition sichtbar werden ließ, die bereits mit dem gescheiterten Referendum 1987 eingesetzt hatten, durch die Streikwelle im Sommer 1988 bestärkt wurden und erst mit der Entscheidung des X. Plenums im Januar 1989 voll zum Tragen kamen: Durch das Referendum wurde erstmals deutlich, dass das Regime nicht über die notwendige Legitimität verfügte, um an der seit 1981 verfolgten Strategie festhalten zu können. Die Hoffnung auf Seiten des Regimes, dass es mittelfristig gelingen werde, durch die Konsolidierung der eigenen Herrschaft, die Diskreditierung der Opposition und anschließende Liberalisierungen mehr Legitimität zu mobilisieren, war im Grunde bereits 1987 gescheitert. Im Anschluss an das Referendum entschied die Regierung zwar, dennoch eine gemäßigte Variante der Wirtschaftsreformen durchzusetzen, doch das Ergebnis des Referendums bestätigte sich: Es kam im Anschluss an die Preiserhöhungen zu Streiks, in denen die Arbeiter Lohnerhöhungen durchsetzten, was anstelle der angestrebten Verbesserung zu einer Verschärfung der Wirtschaftskrise führte.

Aus der Einsicht, dass das Regime Reformen nicht aus eigener Kraft würde durchführen können, folgt wiederum nicht zwangsläufig, dass es sich die Lösung dieses Problems von Verhandlungen mit der *Solidarność* erhoffte – Jaruzelskis Bemerkung, dass sich die Haltung *der Bevölkerung* zu ihr verändert habe, deutet zwar darauf hin, dass die *Solidarność* erst nach der Fernsehdebatte als (möglicher, aber auch unumgänglicher) Verhandlungspartner akzeptiert worden ist. Doch auch diese Einsicht begann sich bereits zu einem früheren Zeitpunkt abzuzeichnen – schon während der zweiten Streikwelle im August 1988 gewann die *Solidarność* deutlich an Zustimmung, die das Regime hingegen verlor<sup>65</sup>, und bereits während der Auguststreiks initiierte die Regierung Gespräche mit Vertretern der Opposition, die ihre Stellung als einzig möglicher Verhandlungspartner spätestens im Zuge dieser zweiten Streikwelle gefestigt hatte.

Die Fernsehdebatte hat also keine *neue* politische Situation geschaffen, sie hat vielmehr Veränderungen in der Haltung von Vertretern des Regimes wie auch im Verhältnis von Regime und Opposition sichtbar gemacht und sich in dreifacher Hinsicht wiederum auf die folgende Entwicklung ausgewirkt: Erstens erleichterte sie es den Reformern, das Plazet des X. Plenums für Verhandlungen mit dem Regime zu erwirken – wenngleich die Vertrauensfrage der Führungsriege aller Wahrscheinlichkeit nach auch ohne die Fernsehdebatte nicht anders entschieden worden wäre. Zweitens stärkte sie das

---

<sup>65</sup> Vgl. OŚRODEK BADANIA OPINII PUBLICZNEJ: Komunikat Nr. 1/503 (wie Anm. 55), S. 2, 4.

Ansehen Wałęsas innerhalb der Bevölkerung – was dem Bürgerkomitee im Wahlkampf zugute kommen sollte.<sup>66</sup> Drittens wurde durch die Fernsehdebatte zum ersten Mal ein weiterer, häufig vernachlässigter Einflussfaktor sichtbar, der auch für die Regierungsbildung von zentraler Bedeutung sein sollte, nämlich der Einfluss der vermeintlich regimetreuen Organisationen: 1988 war es Miodowicz, der die Propagandastrategie des Regimes in Bezug auf Wałęsa und in Bezug auf die *Solidarność* untergrub und nicht nur die Opposition aus der Illegalität ins Fernsehen holte, sondern damit erstmals seit 1981 auch Risse innerhalb des ZK sichtbar werden ließ; 1989 waren es die vermeintlich regimetreuen Blockparteien, welche die Formierung der ersten nichtkommunistischen Regierung ermöglichten.

### Schlussbemerkung

Am Abend nach der Debatte fuhr Wajda, der sich die Debatte mit Adam Michnik und anderen zu Hause angesehen hatte, wieder zum Büro des Episkopats, um Wałęsas Erfolg zu feiern. In seinen Erinnerungen, die allerdings weniger ein Zeitdokument, als vielmehr Teil der Selbstinszenierung Wajdas sind, schreibt er:

„Wałęsa war großartig. Und obwohl keine meiner Forderungen außer der im Übrigen auf komische Weise zwischen die Diskutanten gezwängten Uhr erfüllt worden waren, war ich glücklich. Unser Führer sprach mit eigener Stimme, nutzte seinen eigenen Verstand und hat Miodowicz sitzend besiegt, obwohl ich gefordert hatte, er solle stehend kämpfen. Wir waren alle enthusiastisch, [...] und ich habe mich wieder einmal davon überzeugt, wie wenig der Regisseur bedeutet – der Schauspieler entscheidet alles.“<sup>67</sup>

---

<sup>66</sup> Diese These wird durch den Hinweis plausibel, dass der einzige Abgeordnete des Bürgerkomitees, der sich nicht im ersten Wahlgang durchsetzen konnte (Piotr Baumgart), jener Abgeordnete war, der für das Wahlplakat nicht mit Wałęsa zusammen fotografiert worden war, vgl. ANTONI DUDEK: *Pierwsze lata III Rzeczypospolitej 1989-1995. Zarys historii politycznej Polski* [Die ersten Jahre der Dritten Republik. Abriss der politischen Geschichte Polens], Bd. 1, Kraków 1997, S. 41.

<sup>67</sup> WAJDA (wie Anm. 1), S. 272 f.

## Summary

*“Yes, OK, you’re moving ... step by step, on foot. But the world’s driving a car”.  
The television debate between Lech Wałęsa and Alfred Miodowicz and its significance in  
bringing about round-table negotiations*

In the mid-November 1988, Lech Wałęsa, chairman of the banned trade union Solidarność, was unexpectedly invited by Alfred Miodowicz, chairman of the government-backed official trade unions, to a public debate on television. Contrary to the fears of the opposition and to Miodowicz’s expectations, Wałęsa emerged as the victor. A few weeks later, the general assembly of the Communist Party officially declared its willingness to enter into round-table negotiations with the opposition. Was it then this television debate, as the Prime Minister at that time, Mieczysław Rakowski, recorded in his memoirs, that brought about a new political situation? It is the aim of this article to analyse the background, significance and consequences of this media event. It shows that Miodowicz aimed to gain Solidarność as allies, and reconstructs the reasons why. It analyses changes in the relationship between the regime and the opposition that was brought about by changes in international politics, the worsening crisis of the economy, the failure of the referendum in 1987, and the wave of strikes in 1988. It puts forward the thesis that the television debate did not in fact create any new political situation, it made those changes apparent, and strengthened both Wałęsa’s position and the position of the reformers within the Party.